

Nr. 157/2018

Stand der Digitalisierung in den Kommunalverwaltungen

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat Anfang des Jahres gemeinsam mit dem Institut für Innovation und Technik (iit) eine Umfrage zum Stand der Digitalisierung in den deutschen Städten und Gemeinden durchgeführt. Die Landesgeschäftsstelle hat die Umfrage unterstützt, da die Regionalisierung der Ergebnisse auch Erkenntnisse für die weiteren Gespräche mit der Landesregierung über die digitale Agenda für Sachsen-Anhalt und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (Portalverbund) liefern kann. Ergänzend verweisen wir auf die KNSA-Beiträge Nr. 004/2017, 289/2017 und 351/2017.

Unter der Überschrift „Zukunftsradar: Digitale Kommune“ hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Ergebnisse der Umfrage Anfang März d. J. vorgelegt. Deutschlandweit haben sich insgesamt 450 Städte und Gemeinden an der Umfrage beteiligt. Aus Sachsen-Anhalt haben 41 Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden teilgenommen. Das entspricht (bei 104 hauptamtlich geführten Städten und Gemeinden sowie 16 Verbandsgemeinden) einer Beteiligungsquote von 33,6 %.

Auf folgende wesentliche **Ergebnisse** ist hinzuweisen.

- Nur jede zweite Kommune fühlt sich auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet (49 %). Der andere Teil (51 %) fühlt sich noch nicht gut vorbereitet, um die Digitalisierung in den kommenden Jahren voranzutreiben.

In Sachsen-Anhalt fühlen sich 37 % der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden gut auf die Digitalisierung und 63 % nicht gut vorbereitet.

- Nur 10 % der Kommunen schätzen ihren Stand der Digitalisierung als „gut“ ein. Jede zweite Kommune (53 %) schätzt den Stand der Digitalisierung als „ausreichend“ ein. Lediglich eine der insgesamt 450 teilnehmenden Städte und Gemeinden bewertet ihren Digitalisierungsstand als „sehr gut“. 34 % bewerten den Stand sogar als „schlecht“ bis „sehr schlecht“.

Bezogen auf Sachsen-Anhalt schätzen 7 % der teilnehmenden Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden den Stand der Digitalisierung als „gut“ ein. 37 % halten ihn für ausreichend, 49 % für schlecht, 2 % für sehr schlecht und 5 % haben keine Einschätzung abgegeben.

- 47 % der befragten Städte und Gemeinden haben keine Digitalisierungsstrategien. Allerdings gaben 39 % an, dass sie aktuell an einer Strategie arbeiten. Lediglich 6 % (28 der 450 teilnehmenden Kommunen) geben an, sich bereits in der Umsetzungsphase ihrer Digitalisierungsstrategien zu befinden.

Bezogen auf Sachsen-Anhalt haben 56 % der teilnehmenden Kommunen angegeben, dass sie nicht über eine Digitalisierungsstrategie verfügen. 41 % entwickeln derzeit eine Digitalisierungsstrategie und 2 % planen die Umsetzung der bereits vorhandenen Digitalisierungsstrategien.

- 3 von 4 Kommunen schätzen den Finanzierungsbedarf der Digitalisierung als hoch oder sogar sehr hoch ein. Nur 3 % der befragten Städte und Gemeinden gehen von einem niedrigen und 18 % von einem moderaten Finanzierungsbedarf aus.
- 91 % der Städte und Gemeinden schätzen den Mehrwert der Digitalisierung als hoch bis sehr hoch ein. Das umfasst sowohl den Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Verwaltung. Nur 3 % der Befragten sehen in der Digitalisierung einen „niedrigen“ oder „sehr

niedrigen“ Nutzen. Vor allem in der Digitalisierung der Verwaltung sehen die befragten Städte und Gemeinden eine große Chance. 89 % der Kommunen geben an, dass sie den Nutzen der Verwaltung als „hoch“ bis „sehr hoch“ einschätzen.

- Mehr als die Hälfte der Kommunen sieht bei der Digitalisierung der Verwaltung und beim Breitbandausbau einen akuten Handlungsbedarf. Dabei gilt: Je kleiner die Kommune, desto größer wird der Handlungsbedarf eingeschätzt. So sehen sehr kleine Kommunen mit 57 % deutlich häufiger ein Handlungsbedarf beim Breitbandausbau als große und sehr große Kommunen (hier sind es nur 35 %).
- Mehr als 2/3 der Kommunen sind davon überzeugt, dass zusätzliche Finanzmittel und eine stärkere Vernetzung die Digitalisierung unterstützen können. Darüber hinaus schätzen mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden externe Beratungsleistungen als ein sinnvolles Instrument.

Aus der Zusammenfassung und Bewertung der Umfrage ergeben sich insbesondere folgende **Erkenntnisse:**

- Die erfolgreiche Digitalisierung in den Kommunen hängt von unterschiedlichen Faktoren ab: Eine gute Personalausstattung verknüpft mit einer entsprechenden fachlichen Expertise, ausreichende Finanzmittel zur Umsetzung von Maßnahmen, die Anbindung an ein digitales Hochgeschwindigkeitsnetz sowie die technische Ausstattung mit aktueller Hard- und Software sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung der Kommunalverwaltung.
- Großes Potenzial schlummert vor allem bei Digitalisierungsaktivitäten jenseits der Verwaltung. Bisher sehen sich viele Kommunen noch nicht als zentraler Digitalisierungsakteur des gesamten kommunalen Gestaltungs- und Handlungsraumes.
- Die Ergebnisse der Umfrage bieten kein einheitliches Bild vom aktuellen Stand der Digitalisierung in den Kommunen. Die Kommunen schätzen den aktuellen Stand der Digitalisierung weder als hervorragend noch als dramatisch ein. Mehr als jede zweite Kommune stuft ihren Digitalisierungsgrad als ausreichend ein, jede zehnte als gut und jede dritte als schlecht bis sehr schlecht.
- Die Kommunen erwarten einen hohen Nutzen der Digitalisierung, positionieren sich aber im Kontext des digitalen Transformationsprozesses dennoch relativ verhalten. So haben 56 % der Kommunen in Sachsen-Anhalt noch keine Digitalisierungsstrategie entwickelt. Diejenigen Kommunen, die an einer Strategie arbeiten, die Umsetzung planen oder sich bereits in der Umsetzungsphase befinden, legen ihren Fokus vor allem auf das Thema „Verwaltungsdigitalisierung“. Ein ganzheitlicher, bereichsübergreifender Ansatz scheint aktuell noch eher die Ausnahme zu sein.
- Den größten Handlungsbedarf sehen die Kommunen beim Breitbandausbau. 47 % sehen dort akuten Nachholbedarf.
- Auch wenn die Kommunen aus den einzelnen Bundesländern im direkten Vergleich gewisse Unterschiede aufweisen: Aus den Ergebnissen lassen sich weder generelle Aussagen darüber treffen, inwiefern sich die Kommunen je nach Zugehörigkeit zu einem Bundesland unterscheiden, noch kann ein Ost-West- oder Nord-Süd-Gefälle aus den Ergebnissen abgeleitet werden.

Den vollständigen Ergebnisbericht haben wir auch in unser Internetangebot eingestellt unter

www.kommunales-sachsen-anhalt.de

(SGSA, Mitgliederservice, Themengebiete, Allgemeine Verwaltung,
IT und E-Government).

KNSA 157/2018 vom 17.04.2018 li-ri